



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

DBfK Nordost e.V.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe Nordost e.V.

Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsführerin Dr. Natalie Sharifzadeh

Alt-Moabit 91

10559 Berlin

Schwerin, den 28. Mai 2021

vorab per Email an: sharifzadeh@dbfk.de

## Landtagswahl 2021

### Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 des DBfK Nordost e.V.

Ihr Email vom 03. Mai 2021

Sehr geehrte Frau Dr. Natalie Sharifzadeh,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Darstellung unserer programmatischen Ansätze in Form der vorliegenden Wahlprüfsteine. Die Antworten basieren in vielen Bereichen auf dem Programmentwurf zur Landtagswahl. Da ein endgültiger Beschluss durch den Landesparteitag noch aussteht, kann es zu geringfügigen Abweichungen gegenüber der abschließenden Fassung des Programms kommen. Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitergehenden Bedarf haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

- Welche Pläne haben Sie hinsichtlich der Stärkung des ÖGD?

Aktuell stellt der Personalmangel die größte Herausforderung für die Gesundheitsämter vor Ort dar. Daher wollen wir Freien Demokraten durch die Möglichkeit von tariflichen Abweichungen Anreize schaffen, die Gesundheitsämter finanziell und personell zu stärken und so die Beratungsfunktion in vielen Bereichen wiederherstellen.

Zusätzlich wollen wir eine stärkere Verankerung des ÖGD in der medizinischen Aus- und Weiterbildung, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren für öffentliche Gesundheit an Hochschulen.

Wir stehen hinter der Umsetzung der technischen und digitalen Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, also zum zielgerichteten Einsatz der Bundesmittel aus dem „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ für die Aufrüstung der technischen und digitalen Infrastruktur des ÖGDs. Darüber hinaus wollen wir kurzfristig prüfen wie die interkommunale und intersektorale Zusammenarbeit verbessert werden kann.

- Wie stellen Sie sich die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum vor?

Wir Freien Demokraten wollen die Zusammenarbeit der verschiedenen wichtigen Säulen des Gesundheitssystems fördern. Die verschiedenen Sektoren sind den Bedürfnissen von Menschen mit unterschiedlich schweren Krankheitsbildern und unterschiedlichem Versorgungs- und Pflegebedarf geschuldet. Daher ist die Substitution oder Verschmelzung verschiedener Ebenen und Bereiche des Gesundheitssystems aus reinem Profitstreben der Versorgungssicherheit eher abträglich. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit der Elemente unseres Gesundheitssystems ist jedoch essentiell und muss verbessert werden. Insbesondere eine sinnvolle Zusammenarbeit der unterschiedlichen heilberuflich Tätigen (Ärzte, Apotheker, Heil- und Hilfsmittelerbringer etc.) im Sinne einer optimalen und zeitnahen Versorgung der Patienten muss ohne bürokratische Hürden ermöglicht werden. Wir Freien Demokraten wollen Rahmenbedingungen für regionale Konzepte schaffen, die sich der Situation vor Ort anpassen können, in Krisensituationen hohe Resilienz beweisen und flexiblere Lösungen für die Menschen vor Ort bieten.

Die Bedürfnisse des ländlichen Raums mit seiner besonderen Versorgungsstruktur soll durch entsprechende Programme berücksichtigt werden. Die Versorgung der ländlichen Bevölkerung muss ebenso wohnortnah ermöglicht werden wie in städtischen Ballungsgebieten. Hier liegt das Augenmerk ganz besonders auf innovativen Versorgungsmodellen, die die verschiedenen Versorgungsebenen passgenau einbeziehen müssen. Eine Möglichkeit wäre die Schaffung regionaler Gesundheitszentren. Diese könnten im Rahmen einer Investitionsförderung von der öffentlichen Hand subventioniert werden, die auch anderen niedergelassenen Versorgern zugänglich sein muss. Ein dauerhafter Betrieb von Regionalen Gesundheitszentren soll ohne eine Förderung der öffentlichen Hand, allein aufgrund der erbrachten refinanzierten Leistungen möglich sein.

Zudem wollen wir die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Dazu fordern wir eine künftige „Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten. Bezahlen soll sie künftig derjenige, der sie anfordert. Dies schärft den Fokus auf das Wesentliche, nämlich die Behandlung und Pflege von Patienten, und verhindert kleinteilige Gesetze und Verordnungen. Derzeit fallen 54 Millionen Bürokratiestunden allein bei Vertragsärzten und Psychotherapeuten an (Quelle: Bürokratieindex 2017 der Kassenärztlichen Bundesvereinigung). Das ist nicht hinnehmbar. Seit Jahren klagen sämtliche Akteure im Gesundheitswesen überzunehmende bürokratische Auflagen, die nicht zu einer Verbesserung der Versorgung führen. Im Gegenteil: Es bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten.

Wir setzen uns für den Ausbau der Nutzung von Telemedizin ein. Langfristig wird eine medizinische Versorgung angestrebt, die sowohl die Möglichkeiten der modernen digitalen Kommunikationsmittel sinnvoll einsetzt als auch einen unverändert hohen Maßstab an Behandlungsqualität bietet. Um dies zu gewährleisten, sind auch die Voraussetzungen für diese Symbiose zu fördern.

Gesondert einzugehen wäre noch auf das Problem des Ärztemangels (zum Fachkräftemangel in der Pflege s.u.). Schon heute ist die Versorgung mit Landärzten in einigen Gebieten verbesserungswürdig. Der Fortgang des demographischen Wandels macht deutlich, dass das Problem in Zukunft eher größer wird. Wir sind daher der Auffassung, dass die Rahmenbedingungen für Landärzte müssen verbessert werden. Einige wichtige Bausteine in diesem Bereich sind aus liberaler Sicht eine gebührende finanzielle Anerkennung ebenso wie durch mehr Freiheit in der Berufsausübung und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Arztberuf und Familie beispielsweise durch Hilfe beim Wiedereinstieg in den ärztlichen Beruf nach Eltern- oder Pflegezeit.

- Welche Maßnahmen planen Sie hinsichtlich einer stärkeren Einbeziehung der digitalen Möglichkeiten bei der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum?

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen endlich voranbringen. Dazu wollen wir eindeutige und transparente technische Rahmenbedingungen setzen, Interoperabilität

durch offene Standards zu ermöglichen und freien Zugang als Grundlage für die Entfaltung der besten digitalen Lösungen zu wahren. Die Digitalisierung ist kein Wert an sich, sondern hat das Potential den Arbeitsalltag von allen Gesundheitsakteuren zu erleichtern. Allerdings hinkt Deutschland bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich weit hinterher. Daher müssen telemedizinische Anwendungen finanziell gefördert werden.

Die Vernetzungsprozesse zwischen Ärzten, Kliniken, Rettungsdiensten, Pflegeeinrichtungen, Apotheken und Patienten müssen digital ausgestaltet sein, um eine schnelle Verfügbarkeit der Patientendaten sicherzustellen. Wir unterstützen die zukunftsorientierte Einführung der elektronischen Patientenakte. Hierzu gehört auch der Schutz der Daten des Patienten. Der Staat ist in der Pflicht die Hoheit des Einzelnen über seine Daten stets gewährleisten. Patientinnen und Patienten bestimmen über ihre Daten und wer wann wie lange und für welchen Zweck darauf zugreifen darf. Wir Freie Demokraten wollen ebenso den Anschluss aller Pflegeeinrichtungen und Seniorenzentren ans Glasfasernetz und deren Abdeckung mit WLAN umsetzen.

### Bildung

- Haben Sie Maßnahmen zur Stärkung der primärqualifizierenden Pflegestudiengänge geplant?

Primäres Ziel der Freien Demokraten ist eine Erhöhung der Studienkapazitäten an den Universitäten und Fachhochschulen des Landes in allen medizinischen Fächern. Die Hochschulen in unserem Land sollen sich dabei an der akademischen Qualität der besten Hochschulen in der Welt orientieren. Studierende sollen an den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern exzellente Studienbedingungen vorfinden. Wir werden daher alles tun um unsere Hochschulen zu unterstützen. Um das zu finanzieren, benötigen die Hochschulen eine verbesserte Grundfinanzierung. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, die Finanzausstattung den Erfordernissen der bestmöglichen Bildung anzupassen.

Insbesondere den Pflegeberuf wollen wir durch ein erweitertes Studienangebot attraktiver zu gestalten. Durch die generalisierte und zunehmend akademisierte Pflegeausbildung können in Zukunft Pflegefachkräfte eigenverantwortlicher handeln und arbeiten, während durch spezielle Studiengänge (Advanced Nursing Practice) Strukturen und Arbeitsabläufe effizienter gestaltet werden können. Dieser Berufszweig sollte fest in den Kliniken/stationären Einrichtungen integriert werden. Generell fordern wir Freien Demokraten die Ausweitung des dualen Studiums und eine stärkere Ausrichtung auf Jugendliche, die auch über höhere Bildungsabschlüsse verfügen.

### Fachkräftemangel

- Welche Maßnahmen planen Sie, um einen Aufwuchs an Pflegefachpersonal zu fördern?

Um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, reicht es unserer Auffassung nach nicht wie bisher weiterzumachen. Wir müssen vielmehr an vielen verschiedenen Stellen gleichzeitig ansetzen, um den Bedarf an professioneller Pflege zu decken. Wir Freien Demokraten setzen hier auf fünf Felder: Fachkräfte sichern, Ressourcen aktivieren, Fachkräfte zurückholen, Fachkräfte ausbilden und (ausländische) Fachkräfte anwerben.

Ein wesentlicher Bestandteil der Sicherung der Fachkräfte ist eine angemessene Entlohnung. Gute Pflege muss auch gut bezahlt werden, die Höhe auszuhandeln ist allerdings Aufgabe der Tarifpartner. Die Tarifautonomie als eine der wesentlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten nachhaltig bewährt. Gerade in der Krise haben die Tarif- und Betriebspartner dies durch verantwortungsbewusstes Verhalten erneut unter Beweis gestellt. Unabhängig von Regelungen zur Tarifautonomie wollen wir die so genannte Corona-Prämie endlich an Pflegekräfte in allen Kliniken zahlen, wo notwendig auch rückwirkend. Dabei darf die Zahlung nicht an Fall- oder Behandlungszahlen geknüpft sein, da die Herausforderungen der Pandemie für diese Berufsgruppe unabhängig davon stark erhöht waren und sind.

Ein anderer Faktor wären beispielsweise die Personalschlüssel. Die Personalschlüssel in der Pflege müssen an die Situation in den Einrichtungen und bei den Pflegediensten angepasst werden. Ein schlechter Personalschlüssel führt zwangsläufig zu angespannten Arbeitsbedingungen und im Resultat zur Unzufriedenheit und Überbelastung der Arbeitnehmer\*innen.

Was die Aktivierung von Ressourcen angeht bedarf es beispielsweise der Anerkennung der Tatsache, dass Pflege kein „Nine to five“-Job ist. Viele Pflegebedürftige benötigen den ganzen Tag Unterstützung und Betreuung. Dass die damit einhergehenden Arbeitszeiten zu Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen ist selbstredend. Deshalb fordern wir die Kommunen und Leistungserbringer dazu auf, Angebote zur Entlastung von Arbeitnehmer\*innen in Pflegeberufen zu schaffen. Die Landes- soll sich finanziell an arbeitsplatznahen Maßnahmen wie z.B. 24-Stunden-KiTs oder Nachtpflege beteiligen, um dem Wunsch von Arbeitnehmer\*innen nach höchstmöglicher Flexibilität nachzukommen. Ein anderer Punkt wäre der Bürokratieabbau. Bürokratieabbau bringt mehr Zeit für den zu pflegenden Menschen. Die Digitalisierung kann hier viel bewirken, gerade bei der Dokumentation.

Der dritte Punkt, Fachkräfte zurückholen, zielt auf das bekannte Problem ab, dass viele Fachkräfte der Pflege nach einigen Jahren den Rücken zuwenden. Diese Menschen werden allerdings dringend für die Versorgung unserer Bevölkerung benötigt. Deshalb wollen wir eine Rückholkampagne für Pflegekräfte.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Aufwertung der Pflegeausbildung durch bessere Rahmenbedingungen. Die Attraktivität der Pflegeberufe soll dabei durch bspw. strukturierte Regelungen der Arbeitszeiten mit mehr Erholungszeiten, insbesondere für Schüler:innen erhöht werden.

Abschließend wollen wir uns auch darum bemühen die Akquirierung von Fachkräften aus dem Ausland zu erleichtern

- Wie sieht Ihre Vorstellung von der Zukunft der Pflege aus? Stichworte: Vorbehaltsaufgaben, neue Berufsfelder für eigenständig handelnde Pflegefachpersonen wie z. B. Community Health Nurses

Die Pflege steht insgesamt in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Aktuell sind 3,7 Millionen Menschen pflegebedürftig. Angesichts des demografischen Wandels und des medizinischen Fortschritts wird diese Zahl in Zukunft weiter stark anwachsen. So gehen Prognosen von 4,1 Millionen Personen mit Pflegebedarf im Jahr 2030 und 5,3 Millionen Menschen mit Pflegebedarf im Jahr 2050 aus. Vielen der daraus resultierenden Herausforderungen kann durch von Ihnen in anderen Punkten angesprochenen Themen begegnet werden.

Wir sehen die Übertragung von medizinischen Aufgaben an Pflegefachpersonal zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgungsstruktur insbesondere im ländlichen Raum positiv. Seit langer Zeit ist das Problem der Hausarzt-Unterversorgung (insbesondere im ländlichen Raum) bekannt – von Fachärztinnen und Fachärzten ganz zu schweigen. Um diesen zunehmenden Mangel abzumildern sind Aufgabenübertragungen und auch Community Health Nurses sehr geeignet.

### Krankenhäuser

- Wie stellen Sie sich die klinische Versorgung der Zukunft im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern vor?

Für die Freien Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern haben die Krankenhäuser einen zentralen Stellenwert bei der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Vor allem in einem Flächenland wie unserem ist es entscheidend, für die Bürgerinnen und Bürger eine wohnortnahe Versorgung langfristig sicherzustellen.

Wir Freie Demokraten fordern, Gesundheitsversorgung und Pflege zusammen zu denken und regional weiterzuentwickeln. Darum setzen wir uns neben einer modernen Krankenhausplanung, auch dafür ein, leerstehende Krankenhausbetten zu Kurzzeitpflegeplätzen umzuwidmen –anstatt sie abzuschaffen. So können wir die regionale und wohnortnahe Versorgung stärken. Kurzzeitpflegeplätze müssen flächendeckend ausgebaut werden, um auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in Zukunft besser zu fördern. Gleichzeitig sehen wir, dass gerade in den Ballungsgebieten Krankenhausbetten ohne negative Auswirkungen auf die Versorgungsstruktur abgebaut werden könnten. Eine Umwidmung würde gerade pflegende Angehörige für die Kurzzeitpflege entlasten.

Außerdem fordern wir eine nachhaltige Verbesserung der Investitionsfinanzierung besonders für maximalversorgende und kleinere spezialisierte Krankenhäuser. Nur so können wir die bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Höhere Qualität muss durch das Vergütungssystem belohnt werden, Qualitätsverträge sollen für alle Leistungen im Krankenhaus möglich sein. Die Strukturreform im stationären Sektor muss verantwortungsvoll weiterentwickelt und Fehlanreize für eine Überversorgung und ein Überangebot an Krankenhausleistungen bereinigt werden. Zusätzliche Vorhaltekosten können zunächst durch eine Art regionale Basisfinanzierung der Länder gedeckt werden. Eine Mitbestimmung oder Planung der Krankenhäuser durch die Krankenkassen bleibt ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Frage der Fallpauschalen ist für uns klar, dass die Entlohnung der Qualifikation und der Verantwortung entsprechen muss. Spezielle Pflege-DRGs (Fallpauschalen) für die Krankenhäuser würden die Pflegeleistung aufwerten und verhindern, dass bei wirtschaftlichen Engpässen unauffällig am Budget für die Pflegekräfte gespart wird.

- Welche strukturellen Umwandlungen halten Sie für nötig, um bedarfsgerechte Pflege zu ermöglichen? Stichwort: Wirtschaftlichkeit vs. menschenwürdige Pflege

Zentral für eine nachhaltige Versorgungsstruktur ist, dass die Bedarfsplanung auf Landesebene integriert gedacht und somit ambulante und stationäre Versorgung gemeinsam geplant werden.

Eine echte, gute Versorgung kann aus unserer Sicht nur durch ein freiheitliches Gesundheitssystem erreicht werden, das auf den Prinzipien des Wettbewerbs beruht, Solidarität und Eigenverantwortung miteinander verbindet und dass Wohl der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt der medizinischen Versorgung stellt.

Hierzu ist es aus unserer Sicht zwingend erforderlich auf eine Vielfalt im Wettbewerb zu setzen. Private Anbieter bereichern und verbessern das Angebot und die Qualität von Gesundheitsdienstleistungen. Die Möglichkeiten des Wettbewerbs, effiziente und qualitativ gute Lösungen zu entwickeln, soweit das mit sozialpolitischen Zielen vereinbar ist, müssen genutzt werden. Dabei ist für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Die einseitige staatliche Bezuschussung einzelner Anbieter lehnen wir ab.

Ebenso lehnen wir Forderungen nach Staatsmedizin, Zuteilungssystemen und Einheitsversorgung ab. Eine Politik der Budgetierung wird im demografischen Wandel zu einem Mangel an notwendigen und innovativen Leistungsangeboten führen. Als Liberale setzen wir vielmehr auf eine Stärkung des Wettbewerbs um Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Gesundheitsversorgung. Wir wollen daher beispielsweise die Wahlmöglichkeiten bei der Pflege zwischen ambulanter Betreuung in der häuslichen Umgebung, stationären Pflegeheimen und Pflege-Wohngruppen sichern. Das Land muss dafür die Anstrengungen aller Beteiligten fördern und mit erfüllbaren und praxistauglichen Vorgaben für die notwendige Qualität in der Pflege sorgen. Überzogene oder unerfüllbare Regelungen behindern die Schaffung neuer Pflegeplätze oder bewirken, wie die Heimbauvorschriften, dass bestehende Pflegeplätze abgebaut werden. Wir wollen deshalb die bestehenden Regelungen kritisch überprüfen. Das Land muss sich an der Entwicklung neuer Betreuungsmodelle beteiligen und mit eigenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dazu beitragen, dass die innovativen Möglichkeiten moderner Technik für eine Verbesserung der Lebensqualität alter Menschen fruchtbar

gemacht werden können. Das reicht von Assistenzsystemen, die alte Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen, über Hilfestellungen für die ambulante Pflege bis hin zur Ausstattung der Altenpflegeheime mit moderner Technik. Wir wollen daneben ein Fördermodell für eine 24-Stunden-Betreuung entwickeln, um diesen Bereich aus der Grauzone zu holen sowie dafür sorgen, dass die ärztliche Versorgung in den stationären Pflegeheimen spürbar verbessert wird.

#### Selbstverwaltung/Kammer

- Wie stehen Sie zur Kammerbewegung? Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Pflegenden die Selbstverwaltung zu ermöglichen?

Anders als beispielsweise der Berufszweig der Ärzte stellt die Pflege keinen freien Beruf mit unabhängiger und überwiegend selbstständiger Berufsausübung dar. Die Freien Demokraten sehen daher in der Etablierung einer Pflegekammer und der daraus resultierenden Pflichtmitgliedschaft für alle Pflegenden keine erheblichen Vorteile. In dieser Auffassung hat uns sowohl die rechtliche Ausgestaltung als auch das reale Handeln der inzwischen in Auflösung befindlichen Pflegekammer in Niedersachsen bestärkt. Wir werden uns daher nicht für die Einführung einer Pflegekammer in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Ein wesentlich besserer Weg der Pflege eine echte Stimme zu geben wäre es unserer Auffassung nach ein Gremium wie die „Vereinigung der Pflegenden“ nach bayrischem Vorbild oder die daran angelehnte Pflegendenvereinigung zu schaffen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Die FDP-Landesgeschäftsstelle Schwerin